Deutscher Bundestag
1. Wahlperiode
1949

Drucksache Nr. 2269

Antrag

der Fraktion der KPD

betr. Hilfsmaßnahmen für Ostbayern.

Der Bundestag wolle beschließen:

Angesichts des außerordentlichen wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Notstands in den ostbayrischen Grenzgebieten, der in der letzten Zeit noch durch die Sperrung von öffentlichen und staatlichen Zuschüssen und durch die Verlagerung von Wirtschaftsbetrieben nach den Westbezirken der Bundesrepublik erheblich verschärft worden ist, wird die Bundesregierung ersucht, in Zusammenarbeit mit der Bayrischen Staatsregierung den Landräten und Bürgermeistern dieser Gebiete ein Nothilfegesetz auszuarbeiten und beschleunigt dem Bundestag vorzulegen. Durch dieses Gesetz muß ein Bundeszuschuß bereitgestellt werden, der ausreicht, um

1. den Gemeinden und Kreisen die Wiederherstellung bzw. den Neuaufbau der benötigten Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser und Kulturstätten, den sozialen Wohnungsbau, ferner
2. die Instandsetzung der zerstörten Straßen und Brücken,
3. die Wiederaufforstung des zerstörten Waldgebietes zu ermöglichen und
4. die ungewöhnlich hohe Arbeitslosigkeit zu verringern,
5. eine Erhöhung der zusätzlichen Hilfsmaßnahmen für die Arbeitslosen, die Kriegsopfer, die Invaliden, Witwen und Waisen und die Wohlfahrtsunterstützungsempfänger durch die Kreise und Gemeinden vorzunehmen.

Das Gesetz muß ferner Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen, Frachterleichterung, steuerliche Vergünstigungen und billige langfristige Kredite für Umsiedlerbetriebe und Umsiedlergenossenschaften beinhalten. Alle von der Landes- bzw. Bundesregierung verfügten Kürzungen bzw. Sperrung von Zuschüssen und Krediten für die Kreise, Gemeinden und Betriebe dieses Gebietes sind aufzuheben. Im Zuge der Maßnahmen zur Intensivierung des Straßen-, Brücken- und Wohnungsbaus ist vor allem auch der Bau von neuen Waldstraßen und Waldarbeitersiedlungen sicherzustellen. Im Zuge der Maßnahmen zur Senkung der Erwerbslosigkeit sind verbilligte Kreditmittel bereitzustellen zur Errichtung von Betrieben, die das in diesem Gebiet gewonnene hochwertige Holz an Ort und Stelle verarbeiten und veredeln. Die weitere Verlagerung von wirtschaftlichen Betrieben aus diesem Gebiet muß wirksam bekämpft werden. Den Unternehmern, die eine Verlagerung ihrer Betriebe planen, sind sämtliche öffentlichen Kredite zu sperren bzw. zu kündigen. Die Rückzahlung der diesen Unternehmern bewilligten Kredite ist sicherzustellen.

Bonn, den 23. Mai 1951

Kohl (Stuttgart)
Renner und Fraktion

Druck: Buchdruckerei R. Madel, Bonn, Argelanderstraße 81
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, Andernach, Breite Straße 30
und Wiesbaden, Nietzschestraße 1